



## Zentralschweizer Fachgruppe Integration

### Jahresbericht 2006

Verfasst durch Helen Gawrysz, Präsidentin der Zentralschweizer Fachgruppe Integration (bis Ende 2006)

Schwyz, 28. Februar 2007

#### Inhaltsverzeichnis:

1.	Einleitung	1
2.	Arbeitsweise	2
3.	Projekte	3
3.1.	Dolmetschdienst Zentralschweiz	3
3.2.	Informationsblatt / Internetangebot	3
3.3.	Kosten/Nutzen Analyse	4
3.4.	Muster Stellenbeschrieb für eine kantonale Ansprechstelle Integration	4
3.5.	Informationsbroschüre	4
4.	Zentralschweizer Integrationspolitik	4

---

## 1. Einleitung

An ihrer Sitzung vom 28. Mai 2004 beschloss die Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK), den Kantonsregierungen zu empfehlen, eine Zentralschweizer Fachgruppe Integration (ZFI) einzusetzen. Alle an-

gesprochenen Regierungen entschieden daraufhin, sich am Vorhaben zu beteiligen. Die Kantone delegierten folgende Personen in die Fachgruppe:

Luzern:	Hansjörg Vogel, Leiter Koordinationsstelle für Ausländerfragen und Integrationspolitik (Justiz- und Sicherheitsdepartement)
Uri:	Rita Stadler, Mitarbeiterin des Amtes für Volksschulen (Bildungs- und Kulturdirektion)
Schwyz:	Helen Gawrysz, Mitarbeiterin im Amt für Gesundheit und Soziales (Departement des Innern)
Obwalden:	Josef Gasser, Leiter der Abteilung Migration (Volkswirtschaftsdepartement)
Nidwalden:	Ruedi Meyer, Vorsteher des kantonalen Sozialamtes (Gesundheits- und Sozialdirektion)
Zug :	Bettina Egler, Leiterin der Fachstelle für Integrationsfragen der Caritas Schweiz (verwaltungsextern).

Als Vertretung der Städte und Gemeinden war Sibylle Stolz, Integrationsbeauftragte der Stadt Luzern, ebenfalls zu den Sitzungen eingeladen. Sie wurde während ihres Mutterschaftsurlaubs vertreten durch Bernadette Brunner.

Die Gruppe wurde geleitet von der Vertreterin des Kantons Schwyz als Präsidentin und dem Vertreter des Kantons Luzern als Vizepräsidenten. Auf Ende des Jahres musste die Präsidentin aus Gründen der Arbeitsüberlastung ihre Demission einreichen. Neu als Präsident gewählt wurde der Vizepräsident Hansjörg Vogel. Das Vizepräsidium wird von Josef Gasser übernommen.

Die ZFI erfüllt folgende Aufträge:

- Sicherstellung der gegenseitigen Information zu Integrationsfragen
- Erarbeitung gemeinsamer Grundlinien einer Zentralschweizer Integrationspolitik gestützt auf die Gesetzgebung der Kantone und des Bundes sowie auf die bestehenden kantonalen Leitbilder
- Erarbeitung von Muster-Stellenprofile und Muster-Pflichtenhefte für die kantonalen Ansprechstellen
- Erstellung von Berichten und Anträgen zu den Themenbereichen Vermittlungsstelle Übersetzer und Übersetzerinnen, gegenseitiger Leistungseinkauf und gemeinsame Informationspolitik.

## 2. Arbeitsweise

Die Arbeitsgruppe traf sich im Jahr 2006 zu insgesamt sechs Sitzungen. Gemeinsame Projekte werden zumeist in Untergruppen in zusätzlichen Zusammenkünften vorbereitet. Auch die Begleitung von laufenden Projekten erfolgt durch eigene Projektgruppen.

Zu Beginn jeder Sitzung fand eine Informationsrunde statt, an der jedes Arbeitsgruppenmitglied über aktuelle Fragestellungen und Integrationsmassnahmen aus seinem Kanton berichtet. Informiert wird zudem über Entwicklungen auf nationaler Ebene (Konferenz der kommunalen, regionalen und kantonalen Integrationsdelegierten (KID), Konferenz der Fachstellen Integration (KoFI), Technische Arbeitsgruppe der tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK).

Ein regelmässiger Austausch erfolgt auch über Integrationsprojekte, die in den einzelnen Kantonen zur Mitfinanzierung eingereicht werden.

### 3. Projekte

#### 3.1. Dolmetschdienst Zentralschweiz

Die Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK) überwies in ihrer Sitzung vom 18. November 2005 den Leistungsvertrag und das Einsatzkonzept einer Vermittlungsstelle Dolmetschen den Kantonsregierungen mit positiver Empfehlung. Daraufhin beschlossen alle Zentralschweizer Kantone die ZFI zu ermächtigen, den Leistungsauftrag mit Caritas Luzern zur Führung einer Zentralschweizer Vermittlungsstelle Dolmetschen abzuschliessen. Dieser wurde am 14. Dezember 2005 durch die Präsidentin der ZFI unterzeichnet.

Da der Dolmetschdienst der Caritas im Kanton Luzern schon seit Jahren tätig ist, konnte die Ausweitung des Angebotes auf die ganze Zentralschweiz rasch an die Hand genommen werden. Die Mitglieder der ZFI übernahmen die Aufgabe, in ihren Kantonen mögliche Kunden wie Sozialberatungsstellen, Schulen, Ärzte oder Spitäler über das Angebot zu informieren.

Wie die Zahlen der Einsatzstunden für 2006 beweisen, ist der Dolmetschdienst Zentralschweiz sehr erfolgreich gestartet<sup>1</sup>:

LU	UR	SZ	OW	NW	ZG	andere <sup>2</sup>	Total
6'880	24	498	197	144	168	32	7'943
86,6%	0,3%	6,3%	2,5%	1,8%	2,1%	0,4%	100%

Das Angebot wurde vor allem in Kantonen, in denen bisher keine Vermittlungsstellen tätig waren, sehr geschätzt. Die Arbeitsgruppe der ZFI, die bereits für die Ausarbeitung des Leistungsauftrags zuständig war, wird auch in Zukunft die Arbeit des Dolmetschdienstes begleiten.

#### 3.2. Informationsblatt / Internetangebot

Die ZRK empfahl in ihrer Sitzung vom 18. November 2005 den Kantonsregierungen einen Bericht und Antrag für die Schaffung einer gemeinsamen Internet Plattform für Zentralschweizer Integrationsangebote gut zu heissen. Die Unterlage war durch eine Arbeitsgruppe der ZFI, an der sich auch die Kompetenzzentren für Integrationsfragen Komin und FABIA (LU, NW) beteiligten, erarbeitet worden. In der Folge stimmten auch alle Zentralschweizer Regierungen dem Projekt zu.

Die ZFI hat die Trägerschaft der Website übernommen. Die operative Federführung und Koordination liegt bei der Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern, Luzern (FABIA). Die Sammlung und stetige Aktualisierung aller Daten sind Aufgabe jedes Kantons. Die Website [www.integration-zentralschweiz.ch](http://www.integration-zentralschweiz.ch) wurde im Herbst 2006 in Betrieb genommen. Sie bietet Informationen zu Deutsch- und Integrationskursen, Informations- und Bildungsveranstaltungen, Treffpunkten und spezialisierten Fachstellen der gesamten Zentralschweiz. Die Realisierung des Projektes erwies sich als aufwändiger als geplant. Die Website wurde in den ersten drei Monaten rund 2 250 mal aufgerufen. Dies zeigt, dass das Projekt einem Bedürfnis entspricht.

---

<sup>1</sup> Der Jahresbericht des Dolmetschdienstes gemäss Bericht und Antrag vom 24. Oktober 2005 (77. ZRK vom 18.11.2005, Beilage 2.7a) folgt als Beilage zum Jahresbericht.

<sup>2</sup> Kostenübernahme durch eine Institution ausserhalb der Zentralschweiz mit Gesprächsort in einem Vertragskanton

### 3.3. Kosten/Nutzen Analyse

In seiner Sitzung vom 14. April 2005 beauftragte der ZRK Ausschuss die ZFI, die verschiedenen von den Kantonen beabsichtigten oder bereits umgesetzten Massnahmen auf ihre Wirkung hin zu analysieren. Es sollen verschiedene Massnahmen ausgelegt und aufgezeigt werden, welche Wirkung sie entfalten und in welchem Umfang diese Wirkung den definierten Zielen entspricht. Das Analysefeld soll auf die ganze Schweiz ausgedehnt werden. Allfällige bereits durchgeführte Evaluationen anderer Kantone oder des Bundes können herbeigezogen und Erfahrungen in andere Kantone oder des Bundes ausgetauscht werden. Die ZFI legte dem Ausschuss an seiner Sitzung vom 22. September 2006 Bericht und Antrag zur Fragestellung vor. Darin musste festgestellt werden, dass der Auftrag, die Wirkung von Integrationsprojekten im Vergleich zu deren Kosten zu untersuchen, durchaus sinnvoll ist, jedoch die Kapazitäten der Fachgruppe Integration bei weitem übersteigt. Im Zusammenhang mit seinem Integrationsförderungsprogramm setzt der Bund beträchtliche Mittel ein zur Evaluation der geförderten Projekte. Die Evaluation der Integrationsförderung durch die Prioritätenordnung des EJPD in den Jahren 2004 bis 2007 wird im Jahr 2008 vorliegen. Der ZRK Ausschuss war daraufhin einverstanden, dass der Grundauftrag neu formuliert wird. Die ZFI wird beauftragt, die Ergebnisse von Evaluationen auf Ebene des Bundes sowie der Kantone zu verfolgen. Bei Neueingaben von Projekten ist stets auf allfällige bereits vorhandene Wirkungsanalysen hinzuweisen oder es ist ein Konzept für eine solche Untersuchung vorzuschlagen.

### 3.4. Muster Stellenbeschrieb für eine kantonale Ansprechstelle Integration

Das neue Ausländergesetz AuG, das vom Volk am 24. September 2006 angenommen wurde, verlangt von den Kantonen, dass sie Ansprechstellen für Integrationsfragen schaffen (Art. 57 Abs. 3). Die ZFI legte dem Ausschuss der ZRK einen Bericht und Antrag für einen Muster Stellenbeschrieb für solche kantonale Ansprechstellen vor. Der Ausschuss der ZRK beurteilte die Grundlage als gut und wertvoll und leitete sie mit Schreiben vom 3. Oktober 2006 an die Staatskanzleien der Zentralschweiz weiter. Die Umsetzungsarbeit ist nun Sache der einzelnen Kantone.

### 3.5. Informationsbroschüre

Das neue Ausländergesetz verlangt von den Kantonen, dass sie Ausländerinnen und Ausländer angemessen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz, insbesondere über ihre Rechte und Pflichten informieren (AuG Art. 56). Als Unterstützung bei der Umsetzung dieses Auftrags plant die ZFI, der ZRK einen Bericht und Antrag zur Erstellung einer Informationsbroschüre für neuzuziehende Ausländerinnen und Ausländer vorzuliegen.

## 4. Zentralschweizer Integrationspolitik

Das neue Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer vom 16. Dezember 2005 definiert in Art. 4 das Ziel der Integration. Integration soll „das Zusammenleben der einheimischen und ausländischen Wohnbevölkerung auf der Grundlage der Werte der Bundesverfassung und gegenseitiger Achtung und Toleranz“ gestalten - „längerfristig und rechtmässig anwesenden Ausländerinnen und Ausländern ermöglichen, am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft teilzuhaben“. Vorausgesetzt wird der „entsprechende Wille der Ausländerinnen und Ausländer als auch die Offenheit der schweizerischen Bevölkerung“. Von Ausländerinnen und Ausländer wird verlangt, dass sie sich „mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und Lebensbedingungen in der Schweiz auseinandersetzen und insbesondere eine

Landessprache erlernen. Im Kapitel 8 AuG (Art. 53 bis 58) wird konkretisiert, welche Aufgaben Bund, Kantone und Gemeinden in der Integrationsförderung zu erfüllen haben.

Diese gesetzlichen Vorgaben des Bundes stellen die gesamtschweizerischen Leitlinien zur Integrationspolitik dar. Die ZFI wird dem Ausschuss im Herbst 2007 einen Bericht und Antrag vorlegen, der den Kantonen Minimalstandards für die Umsetzung des Integrationskapitels des neuen Ausländergesetzes in der Zentralschweiz vorschlägt.